Pressemitteilung

Hannover, 16.10.2013

Neue Energieeinsparverordnung belastet den Bauherren
Baugewerbe-Verband Niedersachen kritisiert fehlendes politisches Gesamtkonzept für Gebäude

Anlässlich der Zustimmung des Bundesrates zur Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) bemängelt der Baugewerbe-Verband Niedersachsen (BVN) das fehlende Konzept in der deutschen Baupolitik.

Der BVN fordert die deutsche Regierung auf, den Weg konzeptionell zu ebnen und dem Immobilienmarkt, der gerade eine zaghafte positive Entwicklung erfährt, keine neuen Steine in den Weg zu rollen. „Wir benötigen funktionierende Marktanreizsysteme durch den Staat, damit die Last nicht komplett von den zukünftigen Bauwilligen oder den Mietern geschultert werden muss", so BVN-Hauptgeschäftsführer Matthias Wächter.

Eine Verschärfung der Energiesparauflagen ist mit Blick auf die EU-Gebäuderichtlinie unumgänglich, da ab 2021 für alle Neubauten ein „nahe Null" Energieverbrauch vorgeschrieben ist. Wächter warnt jedoch: „Für den zukünftigen deutschen Bauherren bringen die Vorschriften weitere Belastungen, da sich die Baukosten um rund acht Prozent erhöhen. Entsprechend werden von Investoren auch die Mieten höher kalkuliert."

Gerade in den Ballungsräumen steigen die Preise für den so dringend benötigten Wohnraum. Eine Verschärfung der energetischen Standards wirkt sich ähnlich negativ aus, wie die Mietpreisbremse, die derzeit in der politischen Diskussion ist. Der BVN bezweifelt, dass die EU-Gebäuderichtlinie vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise bis 2021 in den übrigen EU-Ländern umgesetzt werden kann.

Pressekontakt: Jan Loleit,
Pressesprecher Baugewerbe-Verband Niedersachsen (BVN),
0511 - 9 57 57 36, loleit@bauverbaende-nds.de

Baugewerbe-Verband Niedersachsen
Baumschulenallee 12
30625 Hannover
Telefon +49 511 / 95757-41
Telefax +49 511 / 95757-40
www.bvn.de